



16.11.2017

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Paradise Papers

Nach den „Panama Papers“ 2016 bringen nun die „Paradise Papers“ neue Enthüllungen darüber, wie manche wohlhabenden Mitbürger und Firmen ihre Vermögen in Steuerparadiesen „parken“. Als Reaktion auf die Anfang November publik gewordenen Dokumente hat das Parlament diese Woche über das weitere Vorgehen in Bezug auf Steueroasen und Steuerschlupflöcher beraten. Meine Fraktion und ich fordern eine beschleunigte Arbeit an schwarzen Listen von Steuerparadiesen und Orten, die für die Geldwäsche verwendet werden, da uns diese neuerliche Veröffentlichung erneut den Mangel an Verantwortung einiger, die nicht zum Gemeinwohl beitragen wollen, gezeigt hat. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene Steuerhinterziehung und Geldwäsche verhindern kann.

Schutz vor gedumpten Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern

Das Europäische Parlament hat diese Woche strengere EU-Vorschriften zur Bekämpfung gedumpter und subventionierter Einfuhren aus Drittländern verabschiedet. Erstmals schreiben damit die EU-Handelsvorschriften den weltweiten Handelspartnern außerhalb der EU vor, dass sie internationale Umwelt- und Sozialstandards einhalten müssen. Auf diese Weise soll Dumping verhindert werden. Ziel ist es, den Schutz der Arbeitsplätze

und Unternehmen in der EU vor unlauteren Billigimporten aus Drittländern, deren Regierungen in großem Umfang in die Wirtschaft eingreifen, zu verstärken. Ich begrüße diesen Schritt, da Risiken einer erheblichen Preisverzerrung in Europa minimiert werden müssen. Die Globalisierung soll eine Chance und kein Hindernis für unsere Industrie sein. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass jedes Land gleichermaßen von einem freien und fairen Welthandel profitieren kann. Diesem Ziel kommen wir nun mit der neuen EU-Verordnung ein Stück näher.

Lage der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Polen

In Polen befindet sich die nationalkonservative PiS-Regierung seit über einem Jahr im Dauerstreit mit der Europäischen Kommission. Der polnische Justizminister hat großen Ermessensspielraum bei der Ernennung von Richtern erhalten. Außerdem hat Warschau die Unabhängigkeit der Gerichte eingeschränkt, indem das Höchstalter der Richter von 72 auf 65 für Männer und 60 für Frauen gesenkt wurde, was Polen zudem ein Verfahren wegen Diskriminierung einbrachte. Angesichts der derzeitigen Lage in Polen scheinen fundamentale europäische Grundwerte massiv gefährdet. Deswegen hat das Parlament nun beschlossen, einen begründeten Vorschlag vorzubereiten, mit dem der Rat aufgefordert wird, Maßnahmen nach Artikel 7 des EU-Vertrags zu treffen. Wenn das Risiko fortbesteht und die polnischen Behörden sich weigern, den Empfehlungen der EU nachzukommen, könnte dieses Verfahren zur Aussetzung der Stimmrechte Polens im Rat führen. Nach Ungarn im Mai ist Polen

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



das zweite Land innerhalb der EU, gegen welches das Parlament sich gezwungen sieht, förmliche Schritte zum Erhalt der Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte einzuleiten.

Mehr Autosicherheit in der EU kann Leben retten

Europas Straßen sind zwar die sichersten weltweit, dennoch sterben jährlich mehr als 25.000 Menschen durch Verkehrsunfälle in der EU. Menschliche Fehler sind dabei für mehr als 92% aller Verkehrsunfälle verantwortlich. Deswegen fordert das Parlament in einer Entschließung verpflichtende Fahrerassistenzsysteme für neue Fahrzeuge, welche die Verkehrssicherheit verbessern sollen. Fahrerassistenzsysteme sind unter anderem Bremssysteme, die Fußgänger und Radfahrer erkennen, Wendehelfer für Lastwagen, Toter-Winkel-Kameras oder Spurhalteassistenten. Nun ist es an der EU-Kommission, die Vorschläge des Parlaments bei der Überarbeitung der EU-Verordnung zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit aufzunehmen, die für das erste Quartal 2018 erwartet wird.

Rechtsstaatlichkeit in Malta

Diese Woche erörtern wir bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Monats die Situation der Rechtsstaatlichkeit in Malta während einer Plenarsitzung. In einer mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschließung wird die Kommission nun vom Parlament aufgefordert, einen Dialog mit der maltesischen Regierung über praktische Aspekte der Rechtsstaatlichkeit in Malta zu führen. Des Weiteren soll geprüft werden, ob

Malta die Bankvorschriften sowie die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche einhält. Ebenso fordert das Parlament die Veröffentlichung des Programms zum Verkauf der maltesischen Staatsangehörigkeit – und somit der EU-Bürgerschaft – an Drittstaatsangehörige, sowie eine unabhängige internationale Untersuchung des Mordes an der Journalistin Daphne Caruana Galizia. Eine Delegation von Abgeordneten des Europäischen Parlaments wird darüber hinaus in den kommenden Wochen Malta besuchen und sich die Lage vor Ort genauer anschauen.

Verleihung des LUX-Filmpreises

Das Europäische Parlament hat diese Woche zum elften Mal den LUX-Filmpreis zur Förderung der europäischen Film- und Kinokultur verliehen. In diesem Jahr wurde das Drama „Sámi Blood“, eine schwedisch-norwegisch-dänische Koproduktion unter der Leitung von Amanda Kernell, zum Sieger gekürt. In die Endauswahl hatten es neben dem Gewinner auch die Produktionen „Beats Per Minute“ aus Frankreich und die deutsch-bulgarisch-österreichische Koproduktion „Western“ geschafft. In „Sámi Blood“ träumt in den 1930er-Jahren die 14-jährige Elle Marja, die das Dasein im Internat satt hat, von einem Aufbruch in ein neues Leben. Herzlichen Glückwunsch an die Preisträger!

Besuch aus der Heimat

Diese Woche haben mich EU-Interessierte aus Irndorf, dem Heimatdorf einer meiner Mitarbeiterinnen, im Parlament in Straßburg besucht. Schön, dass Sie da waren!

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle